



home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe Januar / Februar 2017

Afghanistan: Immer mehr Binnenflüchtlinge

Seit Anfang 2015 ist in Afghanistan die Zahl der Kriegsvertriebenen auf 620.000 Menschen gestiegen. Das geht aus einem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen hervor. Demnach war insbesondere in den vergangenen Wochen noch einmal ein deutlicher Anstieg dieser Flüchtlinge im eigenen Land zu verzeichnen: Mitte Dezember hatte die UNO noch 580.000 Vertriebene registriert. Die UNO begründet den starken Zuwachs an Binnenflüchtlingen in Afghanistan mit den immer noch anhaltenden beziehungsweise sich weiter ausbreitenden Konflikten in dem Land. Dazu kommen Mangelernährung sowie Risiken, die für die Menschen noch von explosiven Kriegsrückständen ausgehen.

Verschärft wird die Lage nach dem Bericht der Vereinten Nationen durch zunehmende Massenabschiebungen afghanischer Flüchtlinge aus Pakistan und dem Iran. Laut UNO wurden 2016 fast eine Millionen Afghanen gezwungen, gegen ihren Willen in ihre Heimat zurückzukehren. Insgesamt seien 9,3 Millionen Afghanen in Not, heißt es in dem UNO-Bericht zu den „Humanitären Bedürfnissen 2017“. Das wären demnach 13 Prozent mehr Hilfsbedürftige als ein Jahr zuvor.



© getty images/AsiaPac

Flüchtlingsankünfte gehen 2016 deutlich zurück

Im vergangenen Jahr sind deutlich weniger Flüchtlinge nach Deutschland gekommen als noch 2015. Nach Angaben des Bundesamtes waren es 2016 rund 280.000. 2015 waren es dagegen mehr als dreimal so viele. Bundesinnenminister Thomas de Maizière schließt daraus, dass es gelungen sei, „das Migrationsgeschehen zu ordnen und zu steuern“.

Die Asylanträge nahmen dagegen zu. Nach eigenen Angaben gingen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im vorigen Jahr 745.545 Anträge ein, das waren 268.869 mehr als 2015. Den Anstieg begründet die Behörde damit, dass viele der Antragsteller bereits 2015 eingereist seien, jedoch noch keinen Antrag stellen konnten, weil das BAMF überlastet war.

Flüchtlinge sorgen für Wirtschaftswachstum

Die staatlichen Ausgaben für Flüchtlinge haben nach Einschätzung von Ökonomen 2016 wesentlich zum Wirtschaftswachstum in Deutschland beigetragen. Der positive Effekt der Geflüchteten auf die Wirtschaftsleistung werde sich auch in den kommenden Jahren weiter verstärken, prognostizierte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, gegenüber der Rheinischen Post. Nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamts in Berlin legte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2016 im Vorjahresvergleich um 1,9 Prozent zu.

Erstes Arbeitnehmer-Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und Italien



Weitere Anwerbeabkommen, u.a. mit der Türkei. Mauerbau beendet den Zustrom von Menschen aus der DDR



Höhepunkt der Gastarbeiteranwerbung mit bis dahin 1 Million Zuzügen



Ausländische Arbeitnehmer, die schon länger in Deutschland sind, erhalten unbefristete Aufenthaltserlaubnis



1955

1960

1961

1964

1970

1973

1978

1983



Anwerbeabkommen mit Spanien und Griechenland



Der einmillionste Gastarbeiter trifft in Köln ein



Bundesregierung erlässt wegen Ölkrise Anwerbestopp



Gesetz zur Förderung der „Rückkehrbereitschaft“ von Gastarbeitern tritt in Kraft

Zuwanderer nach Deutschland

– gekommen, um nicht zu bleiben?

Zuwanderung ist nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland zu einem vielfach und vielfach kontrovers diskutierten Thema für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft geworden. Denn aus dem früheren Auswanderungsland des 19. Jahrhunderts, als es wie Millionen anderer Europäer auch viele Deutsche nach Übersee zog, wurde ein Einwanderungsziel. Zunächst flüchteten nach offiziellen Angaben gegen und nach Kriegsende rund 13 Millionen ehemalige Reichsdeutsche aus den inzwischen an Polen und die Sowjetunion übergegangenen Ostgebieten des Deutschen Reichs sowie die sogenannten Volksdeutschen vor allem aus Ost- und Südosteuropa auf das Gebiet der (späteren) Bundesrepublik und DDR.

Für die beiden jungen deutschen Republiken stellte die Integration dieser Zuwanderer ein erhebliches Problem dar, denn in dem erheblich kleineren Nachkriegsdeutschland (Ost wie West) war Wohnraum ebenso knapp wie die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Gütern allgemein. Das führte zu Konkurrenz, die wiederum Abwehrhaltungen, Vorurteilen und auch Neid den Weg bereitetete. Doch für das „Wirtschaftswunder“ in der jungen Bundesrepublik ab Beginn der 1950er Jahre erwiesen sich die Vertriebenen und auch die Flüchtlinge aus der DDR als willkommene Arbeitskräfte. Das erleichterte ihre wirtschaftliche und soziale Integration.

Die anhaltende Hochkonjunktur in Westdeutschland brauchte aber deutlich mehr Hände, als vorhanden waren, die anpackten, um die Wirtschaft unter Dampf zu halten. Aufgrund des massiven Arbeitskräftemangels beschloss die Bundesregierung daher, Anwerbeverträge mit – zunächst – anderen europäischen Ländern wie Italien (1955) sowie Spanien und Griechenland (1960) abzuschließen. Es folgten weitere entsprechende Abkommen mit der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964) Tunesien (1965) und Jugoslawien (1967). Die so nach Deutschland „eingeladenen“ ausländischen Arbeitskräfte wurden als Gastarbeiter bezeichnet, weil die Politik, ähnlich wie noch im Kaiserreich, für sie nur eine befristete Zuwanderung im Sinn hatte. Es ging den Verantwortlichen allein darum, den akuten Arbeitskräftemangel in wichtigen Wirtschaftsbereichen zu beheben. Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik waren zu jener Zeit nahezu ausschließlich auf die Bedürfnisse von Wirtschaft und Arbeitsmarkt ausgerichtet.

Rückblickend besteht weitgehend Konsens darüber, dass das deutsche Wirtschaftswunder ohne das Zutun der Gastarbeiter nicht

in so kurzer Zeit möglich gewesen wäre. Im Jahr 1964 wurde denn auch der einmillionste Gastarbeiter noch mit viel Offiziellem und Medien-Tamtam sowie einem Geschenk begrüßt. Allerdings galt in der Politik wie in der öffentlichen Meinung weiterhin das Primat, dass die Zuwanderer aus dem Ausland lediglich den Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften während der Hochkonjunkturphase hierzulande überbrücken sollten. Eine dauerhafte Niederlassung der Gastarbeiter in Deutschland war nicht geplant.

Mitte der 1960er Jahre begann der wirtschaftliche Motor in Deutschland dann zu stottern und in den 70ern belastete dann auch die Ölkrise das Konjunkturklima. Darauf reagierte die Bundesregierung 1973 mit einem „Anwerbestopp“, der verhindern sollte, dass weitere Ausländer zur Arbeitssuche nach Deutschland kommen. Dies hatte jedoch zur Folge, dass viele Gastarbeiter nicht wie geplant in ihre Heimat zurückkehrten, weil sie befürchteten, nicht noch einmal einreisen zu dürfen. Da sie nach dem Ausländergesetz von 1965 jedoch weiterhin ihre Familien nachholen durften, richteten sich viele der Arbeitsmigranten, wie sie offi-

Höhepunkt der Zuwanderung: Über 1,2 Millionen Menschen kommen nach Deutschland, darunter 440.000 Asylsuchende



Neues Ausländergesetz soll Rechtsstellung in Deutschland lebender Ausländer verbessern



Nach langen Verhandlungen tritt das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft



Merkel präsentiert auf dem dritten Integrationsgipfel den ersten Fortschrittsbericht zum Nationalen Integrationsplan

1992

1993

1997

2000

2005

2007

2008



„Asylkompromiss“ ändert das Asylrecht – Zahl der Asylsuchenden sinkt daraufhin deutlich



Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes



Bundeskanzlerin Merkel lädt zum zweiten Integrationsgipfel ein und stellt den Nationalen Integrationsplan vor



ziell bezeichnet wurden, auf einen längeren Aufenthalt in Deutschland ein: Aus ihnen wurden somit Einwanderer.

Während der 1980er Jahre erlebte Deutschland nur eine geringe Zuwanderung, zum Teil fiel diese Quote sogar negativ aus. Erst mit Beginn der 1990er Jahre nahm die Zahl der Migranten in die Bundesrepublik wieder zu. Dafür war der Fall des Eisernen Vorhangs, der Europa während des Kalten Kriegs faktisch geteilt hatte, ebenso verantwortlich wie der von Kriegen und „ethnischen Säuberungen“ begleitete Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens. Außerdem trieb der sich zuspitzende Kurdenkonflikt in der Türkei viele Menschen außer Landes. Das



© dpa

führte dazu, dass im Jahr 1990 mit 397.000 Menschen die bislang höchste Zahl an Zuwanderern in Deutschland registriert wurde.

In den Folgejahren nahm die Zahl der Migranten hierzulande jedoch wieder immer weiter ab. Dieser Rückgang

war auch politischen Maßnahmen geschuldet, die den Zuzug von Aussiedlern begrenzen sollten. In dem Zusammenhang ist vor allem das 1990 eingeführte förmliche Aufnahmeverfahren zu nennen. Es stellte bestimmte Ansprüche, wie einen Sprachtest, den Zuwanderer zu bestehen hatten. Seit 2005 müssen auch Ehegatten und Kinder diese Anforderungen an Mindestkenntnisse der deutschen Sprache erfüllen.

Das Recht auf Asyl, das in Deutschland nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus eher liberal formuliert ist, wurde bis Mitte der 1970er Jahre überwiegend von Osteuropäern in Anspruch genommen. Anfang der 1980er ließen dann der Militärputsch in der Türkei und die Verhängung des Kriegsrechts in Polen die Zahl der Asylanträge auf neue Höchstwerte anwachsen. Danach kamen zwar zunächst weniger Asylbewerber nach Deutschland, doch schon mit dem Bürgerkrieg in Sri Lanka, den Repressalien gegen Kurden in der Türkei und im Irak, aber insbesondere auch dem Bürgerkrieg im früheren Jugoslawien nahm die Zahl der Asylanträge wieder erheblich zu. Als dann noch der Eisernen Vorhang fiel, sah sich die deutsche Migrationspolitik mit dem geltenden Asylrecht vor ein massives Problem gestellt. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil hierzulande rund 80 Prozent aller Asylanträge in Westeuropa gestellt wurden. Durch die wach-

sende Zahl an Asylbewerbern gewannen die öffentlichen Diskussionen über die Prinzipien der Asylgewährung sowie die „wirklichen Fluchtmotive“ von Asylbewerbern an Brisanz. Zudem brachte die Grenzöffnung in der EU infolge des Schengener Abkommens die deutsche Politik in Zugzwang, das nationale Asylrecht der Gesetzgebung in den EU-Nachbarländern anzugleichen.

Daraus resultierte der sogenannte Asylkompromiss von 1993, der das zuvor uneingeschränkte Recht auf Asyl für „politisch Verfolgte“ mit bestimmten Vorbehalten versah – so etwa der Drittstaatenregelung und einer Liste von Ländern, die als sichere Drittstaaten gelten. Dadurch wurde es erheblich erschwert, erfolgreich einen Asylantrag zu stellen. Infolgedessen sanken die Asylanträge zwischen 2006 und 2008 auf jeweils nur rund 20.000 Anträge.

Wie die Geschichte der Zuwanderung nach Deutschland zeigt, hängt die Zahl der Migranten wesentlich von politischen, um nicht zu sagen militärischen Vorgängen in anderen Ländern ab. Im Jahr 2016 zählte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 745.545 Asylanträge. Die meisten dieser Asylsuchenden stammten aus Krisengebieten wie Syrien, Afghanistan, Irak und Eritrea. Für das Jahr 2015 gibt das Statistische Bundesamt insgesamt rund 2,1 Millionen Menschen an, die nach Deutschland zogen, und nahezu 1 Million, die die Bundesrepublik verließen. Somit bleibt ein Überschuss von mehr als 1 Million Zuwanderer, der sogenannte Wanderungssaldo. Damit ist Deutschland weiterhin ein Einwanderungsland – und zwar nicht erst seit jüngster Zeit, sondern bereits seit 1957.

Fluchtkosten sinken, Fluchtrisiken nicht

Die Ausgaben für eine Flucht nach Deutschland und deren Dauer haben in den vergangenen Jahren abgenommen. Wie eine aktuelle gemeinsame Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie des Forschungszentrums des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf-FZ) jetzt ergab, sanken die durchschnittlichen Fluchtkosten von 7.229 Euro für Geflüchtete, die im ersten Halbjahr 2013 ihre Herkunftsländer oder Transitländer verließen, auf 5.232 Euro für Menschen, die im zweiten Halbjahr 2015 aus ihrer Heimat flohen. Den größten Teil der Kosten machen laut der Studie, für die rund 4.500 Geflüchtete befragt wurden, mit knapp 4.000 Euro die Verkehrsmittel aus, gefolgt von den Forderungen der Fluchthelfer oder Schleuser von mehr als 3.000

Euro bzw. knapp 2.500 Euro bei der Flucht aus einem Transitland. Dagegen fallen die Aufwendungen für die Unterbringung mit durchschnittlich 460 Euro weniger ins Gewicht.

Wie die Studie zudem ausweist, verkürzte sich im genannten Zeitraum auch die Dauer der Flucht im Mittel von rund 80 auf 38 bzw. 22 Tage. Nicht verringert haben sich dagegen die Risiken, die für die betroffenen Menschen mit ihrer Flucht verbunden sind. So erlitt nach der Befragung rund ein Viertel der Geflüchteten Schiffbruch, zwei Fünftel wurden Opfer körperlicher Übergriffe und ein Fünftel von Raubüberfällen. Rund 15 Prozent der weiblichen Geflüchteten berichteten von sexuellen Übergriffen und über die Hälfte aller Flüchtlinge wurde durch Betrug wirtschaftlich geschädigt sowie mehr als ein Viertel erpresst.

Integrationsbericht 2016: Mehr Erfolge bei Bildungsabschlüssen

Menschen mit Migrationshintergrund haben in Deutschland inzwischen bessere Chancen als früher. Zu diesem Schluss kam die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz, bei der Vorstellung ihres aktuellen Lageberichts zur „Teilhabe, Chancengleichheit und Rechtsentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland“. Demnach zeigen sich insbesondere Erfolge bei den Bildungsabschlüssen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Mehr Probleme gebe es noch in den Bereichen Ausbildung und Arbeit, bedauerte Özoğuz.

Nach dem Bericht schlossen 2015 rund 17 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ihre schulische Ausbildung mit dem Abitur ab. Fünf Jahre zuvor lag dieser An-

teil demnach noch bei 9 Prozent. Gleichzeitig stieg in dem Zeitraum der Anteil mittlerer Schulabschlüsse von 38 auf 43 Prozent. Dagegen ging die Zahl der Schulabbrecher von 16 auf 12 Prozent zurück.

Auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt hingegen werden nur 47 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf eine Bewerbung hin zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Bei Jugendlichen ohne Zuwanderungsgeschichte liegt diese Quote bei 59 Prozent. Die Arbeitslosenquote bei Menschen mit Migrationshintergrund sei mit 14,1 Prozent immer noch doppelt so hoch wie bei deutschstämmigen Bürgern, weist der Integrationsbericht für den Zeitraum von Juni 2014 bis Juli 2016 aus.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALE DIENSTE
Alfredstraße 234
45133 Essen
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Alfredstraße 234
45133 Essen



Stiftung
Soziale Dienste